



Beirat Vahr

8. Wahlperiode 2019 - 2023

Bremen, den 08. Apr. 2021

Antrag

Mitwirkung des Beirats Vahr an der Haushaltsaufstellung 2022/2023 und Ausführung gemäß § 32 Abs. 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter.

Der Beirat Vahr fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport dazu auf, finanzielle und planerische Sicherheit für ein besonders wichtiges Beratungsangebot zu gewährleisten. Die Beratung richtet sich speziell an queere (nicht-heterosexuelle) Geflüchtete, Migranten und Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe.

Im Besonderen geht es um die aktuelle Sicherstellung der unbeschränkten Finanzierung einer durch das Rat & Tat-Zentrum Bremen organisierten Beratungsstelle. Die Beratung richtet sich an queere Menschen in ganz Bremen mit Migrations- und Fluchthintergrund und ist einzigartig in Deutschland, was Bremen zu einem Vorreiter in diesem Bereich macht.

Konkret fordert der Beirat Vahr die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, den Senator für Finanzen und die Bremische Bürgerschaft als Haushaltsgesetzgeber auf, im neuen Doppelhaushalt 2022/2023 die Mittel zur Finanzierung einer Vollzeitstelle für die Beratung queerer Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund einzustellen. Diese Forderung gilt auch für die folgenden Doppelhaushalte.

Begründung

Da die Beratung des Rat & Tat-Zentrums einen stadtweiten Einzugsbereich hat und viele Bürgerinnen und Bürger in der Vahr über einen Migrationshintergrund verfügen, hat das Beratungsangebot auch für unseren Stadtteil eine hohe Relevanz. Und der Bedarf ist faktisch vorhanden, auch in der aktuellen Pandemiezeit werden bis zu 150 Personen durch diese eine Stelle unterstützt. Hieraus lässt sich einerseits ableiten, dass perspektivisch weitere Angebote für diese Personengruppe geschaffen werden müssen. Umso größer wäre andererseits die Katastrophe, wenn dieser Ort verloren ginge.

Der Beirat Vahr soll daher die bremische Landesregierung auffordern, ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag der aktuellen Wahlperiode auch umzusetzen. Dort hat die Regierung angekündigt, dass sie die Beratung für queere Geflüchtete und Migranten

stärken möchte. Aber ohne die Besetzung entsprechender Stellen kann die Landesregierung ihr Versprechen nicht erfüllen. Darum ist es essentiell, dass die oben genannte Vollzeitstelle langfristig finanziell abgesichert wird.

Antragsteller:

Hermann Assmann
Die PARTEI Bremen, Beirat Vahr

Bob Worsieg
Die PARTEI Bremen, sachkundiger Bürger im Beirat Vahr
im Fachausschuss "Bau,Verkehr und Umwelt"